

## **A1: Antrag Landesparteitag 17./18. März 2018**

Einreichende: Landesvorstand

### **287 Ein neues Agrarleitbild für Brandenburg!**

288 Das aktuelle europäische Agrarmodell und die Gemeinsame EU-Agrarpolitik stehen unter  
289 starkem gesellschaftlichen und politischen Druck. Aus Sicht der LINKEN ist die strategische  
290 Ausrichtung auf einen globalen Weltagrarmarkt ein Systemfehler, weil er aktuell allein auf die  
291 Minimierung der Produktionskosten ausgerichtet ist – koste es, was es wolle. Dieser  
292 Dumpingwettbewerb ist eine gefährliche Sackgasse zu Lasten von Mensch und Natur. Denn er  
293 führt zu Erzeugerpreisen, die die Kosten einer gesellschaftlich akzeptierten Landwirtschaft  
294 nicht mehr decken. Damit droht die regionale Landwirtschaft eine wichtige Existenzgrundlage  
295 und Legitimation zu verlieren.

296 Das gilt es zu verhindern, denn Land- und Stadtbevölkerung befürworten in breiten Teilen eine  
297 nachhaltige und regional verankerte Landwirtschaft, die das Land Brandenburg und Berlin mit  
298 Obst, Gemüse und allen Produkten der Landwirtschaft versorgen können. Die Nähe von  
299 Erzeugung, Herstellung und Vermarktung von regionalen Produkten fördert das Zu-  
300 sammenleben von Land- und Stadtbevölkerung und dient dem gesellschaftlichen Miteinander.

301 Demgegenüber steht die weiter wachsende Marktübermacht von Konzernen bei Düngemitteln,  
302 Saatgut, Verarbeitung und Handel mit der Folge, dass selbst höhere Lebensmittelpreise keine  
303 höheren Erzeugerpreise sichern, oft genug im Gegenteil. Selbst die Produktionsgrundlage  
304 Boden ist durch explodierende Bodenkauf- und -pachtpreise gefährdet, weil diese durch  
305 landwirtschaftliche Arbeit kaum mehr zu finanzieren sind.

306 Unterdessen stößt selbst das Prinzip „Wachse oder Weiche“ an klar erkennbare Grenzen. Es  
307 geht längst nicht mehr um „klein gegen groß“, sondern um den Überlebenskampf einer vor Ort  
308 verankerten gegen eine durch Investoren gesteuerten Landwirtschaft.

309 Deshalb sieht DIE LINKE nicht nur immer wieder auftretende, zyklische Krisen in der Land-  
310 wirtschaft, sondern Fehler im System, die dringend behoben werden müssen. Damit die, die  
311 Lebensmittel produzieren, von dieser Arbeit leben können und Ernährungssouveränität vor Ort  
312 gesichert statt von internationalen Konzernen bestimmt wird.

313 Deshalb wollen wir mit allen direkt und indirekt Betroffenen ein neues Agrarleitbild diskutie-  
314 ren, das die Landwirtschaft strategisch wieder am Gemeinwohl orientiert. Das heißt auf die  
315 Sicherung ihrer Versorgungsfunktion vor allem mit nachhaltig produzierten und regional ver-  
316 arbeiteten Lebensmitteln, aber auch mit Erneuerbaren Energien sowie auf den Erhalt unserer  
317 natürlichen Lebensgrundlagen. Agrarpolitik muss sichern, dass Landwirtschaft und ländliche  
318 Räume wieder enger verzahnt, miteinander gedacht und Verbraucherinnen und Verbraucher als  
319 Verbündete verstanden werden. Rechtssetzung und Förderpolitik, aber auch die Agrar-  
320 wissenschaften müssen auf dieses gesellschaftspolitische Agrar-Leitbild ausgerichtet werden.

321 Dabei gilt es selbstverständlich, regional verwurzelte Strukturen, Erfahrungen und Kompe-  
322 tenzen, aber auch neue Ideen zu nutzen und dieses Agrar-Leitbild durch einen breiten gesell-  
323 schaftlichen Dialog unter Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure zu entwickeln und

324 fortzuschreiben. So ist aus Sicht der LINKEN ein Brandenburger Agrar-Leitbild z. B. ohne Be-  
325 kenntnis zu Agrargenossenschaften und bäuerlichen Familienbetrieben nicht denkbar, aber  
326 auch neue Formen wie die Solidarische Landwirtschaft müssen dazu gehören.

327 Doch schon jetzt ist es aus Sicht der LINKEN Brandenburg dringend notwendig, Weichen zu  
328 stellen, um die vor Ort verwurzelten Landwirtschaftsbetriebe zu stärken, die wir dringend als  
329 Verbündete für eine nachhaltige Landwirtschaft brauchen. Dazu gehören insbesondere die  
330 folgenden drei politischen Schwerpunkte.

### 331 **Sicherung des Bodens für ortsansässige Landwirtschaft**

332 Immer mehr landwirtschaftsfremde Investorinnen und Investoren sehen im Boden ein lukrati-  
333 ves Spekulationsobjekt. Die Pacht- und Kaufpreise sind exorbitant gestiegen und haben sich in  
334 Brandenburg seit 2005 vervierfacht. Das erschwert den Bodenerwerb für Landwirt\*innen und  
335 begünstigt die Eigentumskonzentration in zudem weitgehend undurchsichtigen Agrarholding-  
336 Strukturen, obwohl eine breite Streuung des Bodeneigentums in der Bundesrepublik politischer  
337 Konsens ist. So verschwinden die in den ländlichen Räumen so wichtigen Verbindungen  
338 zwischen Dorf und landwirtschaftlicher Tätigkeit. Investorenlandwirtschaft verändert auch das  
339 Gesicht der Dörfer, nicht nur ihre Umgebung. Der Boden ist eine begrenzte natürliche  
340 Ressource, für deren Erhalt wir als Gesellschaft eine besondere Verantwortung tragen. Deshalb  
341 bleibt für DIE LINKE die Bodenfrage eine Schlüsselfrage für politisches Handeln!

342 Die verfügbaren Instrumente des Grundstücksverkehrsrechts in der Bundesrepublik Deutsch-  
343 land sind aktuell den Herausforderungen der Konzentration von Grund und Boden in den  
344 Händen weniger Spekulant\*innen nicht gewachsen. Landwirtschaftliche Grundstücksverkäufe  
345 an Nicht-Landwirt\*innen sind zwar genehmigungspflichtig und können untersagt werden, wenn  
346 sie einer „gesunden Agrarstruktur“ zuwiderlaufen. Aber es fehlt erstens an einer Definition in  
347 einem Agrar-Leitbild und zweitens liegt seit der Föderalismusreform die Gesetzge-  
348 bungskompetenz bei den Bundesländern, was ein Handeln gegen bundes-, europa- oder gar  
349 weltweit agierende Strukturen schwierig und rechtsunsicher macht. Oft greift dieses Gesetz  
350 beim indirekten Kauf von Boden über den Kauf von Gesellschaftsanteilen landwirtschaftlicher  
351 Unternehmen nicht. Es liegt aber im öffentlichen Interesse, dass der Gesetzgeber orts-  
352 ansässigen Landwirt\*innen und Junglandwirt\*innen weiter ein besonderes Zugriffsrecht sichert  
353 und vor Ort verankerte Agrarstrukturen gegen landwirtschaftsfremde Investor\*innen schützt.  
354 Dies muss bundeseinheitlich geregelt werden. Es werden sowohl ordnungspolitische als auch  
355 förderpolitische und steuerliche Instrumente gebraucht. Dafür wird DIE LINKE. Brandenburg  
356 sowohl auf Bundesebene als auch gemeinsam mit anderen Ländern Druck machen.

### 357 **Für eine nachhaltige Tierhaltung**

358 Die fortschreitende Investoren-Landwirtschaft hat gleichzeitig enorme Auswirkungen auf die  
359 Tierhaltung, so auch in Brandenburg. Einerseits haben landwirtschaftliche Investor\*innen vor  
360 allem Interesse an gut bezahlten Ackerkulturen, andererseits geben aufgrund des hohen fi-  
361 nanziellen Drucks immer mehr Betriebe die landwirtschaftliche Tierhaltung auf. Ersetzt werden  
362 sie allzu oft durch gewerbliche Megaställe. Aber Tierhaltung und Pflanzenproduktion gehören

363 zusammen. Ihr Zusammenspiel ist die Voraussetzung für regional geschlossene Stoffkreisläufe.  
364 Deshalb braucht eine nachhaltige Landbewirtschaftung eine flächengebundene Tierhaltung,  
365 von der man leben kann.

366 Die Tierhaltung ist in den Fokus der gesellschaftlichen Debatte gerückt, in Brandenburg ins-  
367 besondere durch das Volksbegehren „Stoppt Massentierhaltung“. Der mit allen Akteurinnen  
368 und Akteuren ausgehandelte Kompromiss hat die Chance eröffnet, den Weg einer tiergerech-  
369 teren Nutztierhaltung zu gehen. Der inzwischen durch Wissenschaft, Berufsstand, Aktions-  
370 bündnis und verschiedenen Interessenverbänden vorgelegte Tierschutzplan ist ein erfolgrei-  
371 cher erster Schritt. DIE LINKE. Brandenburg bekennt sich dazu, diesen Weg konsequent weiter  
372 zu gehen. Die Umsetzung und ständige Weiterentwicklung des Tierschutzplanes werden uns  
373 über Jahre begleiten. Es ist ein langer Weg auf dem wir alle Akteur\*innen mitnehmen wollen.

### 374 **Gemeinsame EU-Agrarpolitik nach Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“**

375 Auch die EU-Agrarförderpolitik muss auf die aktuellen Entwicklungen reagieren. Dazu gehören  
376 nicht nur ökologische Herausforderungen, sondern unbedingt auch soziale. Agrarfördergelder  
377 müssen ortsansässige Landwirtschaftsbetriebe unterstützen, die fair bezahlte Arbeitsplätze  
378 bieten, Natur und Klima schützen, Nutztiere tierschutzgerecht halten und die ländlichen Räume  
379 stärken. Hierzu gehört für uns auch die Förderung der Beratung von landwirtschaftlichen  
380 Betrieben. Wir wollen die Landwirtinnen und Landwirte in dieser Zeit der Umstrukturierung  
381 nicht allein lassen. Investor\*innen wollen wir dagegen von der Agrarförderung ausschließen.

382 Daraus leiten wir folgende politischen Ziele ab:

- 383 • Ein Brandenburger Agrar-Leitbild muss diskutiert werden!
- 384 • Schluss mit der Konzentration von Bodenbesitz in den Händen weniger, gegen Inves-  
385 torenlandwirtschaft, vielfältige Eigentumsformen müssen gesichert werden!
- 386 • Für gute Arbeit auf dem Lande und eine flächengebundene, nachhaltig produzierende  
387 Landwirtschaft!
- 388 • Lebensmittel sind keine Ramschware: Erzeugerpreise müssen kostendeckend, Le-  
389 bensmittel bezahlbar sein!
- 390 • Statt Marktübermacht von Konzernen muss die regionale Verarbeitung und Vermark-  
391 tung gestärkt werden!
- 392 • Tierhaltung muss standortgerecht, umweltverträglich und tiergerecht sein, aber auch  
393 fair bezahlt werden!
- 394 • Für einen verbindlichen Tierschutzplan, der konsequent umgesetzt wird! Der begon-  
395 nene Dialog mit allen Akteurinnen und Akteuren muss weitergeführt werden!
- Für eine EU-Agrarförderung, die soziale und ökologische Leistungen belohnt und die  
Förderung von Landwirtschaft und ländlichen Räumen besser verzahnt!